

Vorlage Nr. 18/0178

Federf. Stadtamt: Referat Wirtschaftsförderung und Kommunikation

Vorlage für den	Berichterstatter	Zuständigkeit	Sitzung am	Punkt
Haupt- und Finanzausschuss	Bürgermeister Roland	Entscheidung	07.05.2018	9

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Dienstreise zur Partnerstadt Alanya

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Die Städtepartnerschaft zwischen der Stadt Gladbeck und der türkischen Stadt Alanya wurde gegründet am 10.09.1993. In diesem Jahr steht daher die Feier zum 25-jährigen Partnerschaftsjubiläum an.

Aufgrund der besonderen politischen Situation in der Türkei - aber auch international - haben sich der Ältestenrat und der HFA in drei Sitzungen intensiv mit der Frage beschäftigt, ob in Anbetracht der angespannten Lage eine Delegation des Rates der Stadt Gladbeck in die Partnerstadt reisen sollte, um am Stadtfest teilzunehmen und das Partnerschaftsjubiläum zu feiern.

In diesem Zusammenhang wurde im Vorfeld auf der Website des Auswärtigen Amtes recherchiert. Die offiziellen Reise**hinweise** sind beigefügt (Anlage 1: Reisehinweise aus 2017 zzgl. aktueller Stand vom April 2018).

Darüber hinaus haben Mitarbeiterinnen der Verwaltung im März 2017 an einem Erfahrungsaustausch des Städtetages Nordrhein-Westfalen mit Städten teilgenommen, die Partnerschaften zu türkischen Kommunen unterhalten. Auch wurde mit weiteren deutschen Städten, die eine türkische Partnerstadt haben, die Frage telefonisch diskutiert – in beiden Fällen war das Bild uneinheitlich.

Es liegt ein Antwortschreiben vom 6. Mai 2017 an den Deutschen Städtetag vom damaligen Außenminister Sigmar Gabriel vor, das ebenfalls keine eindeutigen Handlungsrichtlinien enthält.

Mitzeichnungen					
Bürgermeister:	Erster Beigeordneter:	Stadtkämmerer:	Beigeordnete	Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Ergänzend wurde ein Erlass aus Oktober 2017 „Allgemeine Sicherheits- und Reisehinweise insbesondere für Reisen in Staaten mit besonderem Sicherheitsrisiko“ vom Ministerium des Innern des Landes NRW angefordert, der die Reisehinweise des Auswärtigen Amtes aufgegriffen hat (Anlage 2).

Textauszüge aus den Reisehinweisen des Auswärtigen Amtes:

„Seit dem Putschversuch im Juli 2016 wurden in der Türkei vermehrt deutsche Staatsangehörige willkürlich inhaftiert. Dabei waren weder Grund noch Dauer der Inhaftierung nachvollziehbar. Mit derartigen Festnahmen ist in allen Landesteilen der Türkei einschließlich der touristisch frequentierten Regionen zu rechnen.“

„In der Öffentlichkeit gemachte politische Äußerungen gegen den türkischen Staat, Sympathiebekundungen mit von der Türkei als terroristisch eingestuften Organisationen und auch die Beleidigung oder Verunglimpfung von staatlichen Institutionen und hochrangigen Persönlichkeiten sind verboten und werden mit Geldbußen oder Haftstrafen geahndet. Unter diesen Straftatbestand können auch regierungskritische Äußerungen im Internet und in den sozialen Medien fallen.“

Aufgrund der politischen Lage in der Türkei wurde auf Initiative der Verwaltung das Thema „Dienstreise nach Alanya“ in drei Sitzungen diskutiert:

- 1) 24.1.2018 – Ältestenrat
- 2) 12.3.2018 - HFA
- 3) 11.4.2018 – Ältestenrat.

In der Sitzung des Ältestenrates am 11.4.2018 wurde verabredet, dass die Ratsfraktionen bis zum 12.4.2018 mitteilen, welches Mitglied bzw. welche Mitglieder an der Dienstreise teilnehmen.

Bis zum 13.4.2018 lagen zwei Meldungen vor:

1. Ratsfrau Christa Bauer - SPD
2. Ratsherr Mehmet Metin - Bündnis für Gladbeck.

Daraufhin hat die „Geschäftsstelle Rat und Bürger“ die Fraktionen, die bis dahin keine Rückmeldung gegeben hatten, telefonisch um Antwort gebeten.

Am 15./16. April 2018 folgten zwei weitere Meldungen:

3. Ratsfrau Claudia Ortner - SPD
4. Ratsfrau Simone Steffens – Bündnis90/ Die Grünen.

(Aufgrund der zwischenzeitlich geänderten Reisedaten musste Ratsfrau Steffens wieder absagen.)

Ergebnis: Die CDU hat bekräftigt, dass kein CDU-Ratsmitglied zum 25jährigen Partnerschaftsjubiläum nach Alanya reisen wird.

Die SBIG und Die Linke werden, anders als im Ältestenrat zunächst diskutiert, ebenfalls nicht an einer solchen Reise teilnehmen.

Die DSL hat abgesagt.

Damit sind lediglich zwei von sieben Fraktionen (SPD und Bündnis für Gladbeck) bereit, an der Dienstreise nach Alanya teilzunehmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 12. März 2018 beschlossen, eine Dienstreisegenehmigung für eine noch zu benennende Delegation zu erteilen.

Aufgrund von politischen Veröffentlichungen wird das Thema inzwischen in vielen Städten in den Medien widerstreitig diskutiert (siehe beigefügten Artikel in der Recklinghäuser Zeitung vom 23.04.2018 - Anlage 3).

In Anbetracht der Notwendigkeit, die Reisevorbereitungen zu diesem fortgeschrittenen Zeitpunkt nun konkret einzuleiten, wird vor dem Hintergrund der geringen Teilnahmebereitschaft in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 7. Mai 2018 erneut zu beraten und beschließen sein, ob die Dienstreise durchgeführt werden soll.

Hinweis:

Am 18. April wurde bekannt, dass die für November 2019 vorgesehenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nun schon am 24. Juni 2018 stattfinden sollen, also an dem Wochenende, für das die Einladung nach Alanya vorliegt.

Mit Bezug auf diese Wahlen hat unsere Partnerstadt Alanya am 19. April 2018 eine geänderte Einladung zum dortigen Stadtfest übersandt. Die Einladung erstreckt sich nun auf den Zeitraum von Montag, 25. Juni, bis Mittwoch, 27. Juni 2018 (vorher von Freitag, 22. – Montag, 25. Juni).

Die aktuelle Einladung vom 19. April 2018 ist beigefügt (Anlage 4).

Problem:

Da der Festakt für Montag, 25. Juni geplant ist, wäre eine Anreise bereits am Sonntag, 24. Juni, am Tag Präsidentschafts- und Parlamentswahlen erforderlich (Reisezeit bis zu 8 Stunden).

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	Reisekosten
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen:

zur Verfügung nicht zur Verfügung

Beschlussentwurf:

a) Die Dienstreise anlässlich des Stadtfestes 2018 in Alanya wird für

genehmigt.

b) In Anbetracht der nach wie vor angespannten politischen Situation in der Türkei und der sehr eindeutigen Reisehinweise des Auswärtigen Amtes, wird im Jahr 2018 auf eine Dienstreise nach Alanya verzichtet.

Der Bürgermeister



- Ulrich Roland -

In der Sitzung des

_____-Ausschusses

Rates

Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: